

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
 □ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 38.

Charlottenburg, Freitag, den 20. September 1918.

Jahrg. 45.

Unternehmergewinne und Arbeitslöhne.

Die außerordentlich hohen Gewinne der feinkeramischen Industrie und deren voraussichtliche Folgeerscheinungen, die unzweifelhaft — insbesondere im letzten Geschäftsjahr — erzielt worden sind, haben einen Unternehmer, Herrn Kommerzienrat Közler, Rodach, bestimmt, die Frage in der Fachpresse zur Erörterung zu stellen: Wie lassen sich angemessene Verkaufspreise und ein angemessener Unternehmergewinn feststellen und festhalten? Das arge Mißverhältnis, das zwischen den hohen Unternehmergewinnen und den niedrigen Arbeitslöhnen besteht, ist es jedoch anscheinend nicht gewesen, das Herrn Közler bewog, die von ihm aufgeworfene Frage öffentlich zu behandeln. Lediglich die Rücksicht auf den Verbraucher der Waren und nicht zuletzt auf die Unternehmerinteressen selbst für den Fall, daß ein Wechsel in den Konjunkturverhältnissen eintritt, scheint es gewesen zu sein, die Herrn Közler die Feder in die Hand drückte. Der Verbraucher soll die Ueberzeugung gewinnen, daß die erzielten hohen Unternehmergewinne nicht durch eine weitgehende Ausnutzung der gegenwärtigen außerordentlich günstigen Geschäftslage zu Lasten des Verbrauchers erzielt worden sind. Die aufreizende Sprache, die die Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften in dieser Beziehung führen, scheint die Besorgnis wachgerufen zu haben, daß die Verbraucher sich gegen eine zu weitgehende Ausnutzung zur Wehr setzen könnten, insbesondere dann, wenn mit einem Wechsel in der Konjunktur ein verschärfter Konkurrenzkampf wieder einsetzen wird. Die Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften, die in gewissem Sinne als Gradmesser dafür dienen können, wie hoch die erzielten Profite überhaupt sind, zeigen in klarer und offener Weise, daß besonders im letzten Geschäftsjahre in der feinkeramischen Industrie Gewinne erzielt wurden, wie wohl niemals oder nur selten in den besten Geschäftsjahren der Vorkriegszeit. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß aus den Geschäftsberichten in klarer und eindeutiger Weise die wirklich erzielten Gewinne klar hervorgehen. Im Gegenteil ist im allgemeinen darüber geflagt worden, daß die Geschäftsberichte nicht übersichtlich genug gehalten, so daß es selbst dem geübten Fachmann nicht immer oder nur schwer möglich sei, die wirklich erzielten Ueberschüsse daraus feststellen zu können. Zu Abschreibungen und Rückstellungen auf Reservekontos und Spezialreservekontos verschiedener Nummerierungen sind oftmals Beträge verwandt worden bis zur Hälfte und weit darüber hinaus des eingezahlten Aktienkapitals. Die Beträge, die zu Lantien an Direktoren, Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder verwandt wurden, ermöglichten, daß dem einzelnen Lantienbegünstigten Summen ausgehändigt werden konnten, die eine ganze Anzahl der bestbezahlten Arbeiter zusammen nicht in einem Jahre verdienen können. Daß den Aktionären für ihre besonders schwere Arbeit und ihren weitgehenden persönlichen Anteil am finanziellen Betriebsergebnis eine ausreichende Entschädigung gewährt werden muß, versteht sich nach kapitalistischen Begriffen am Rande. Dividenden bis zu 30 Proz. und darüber, außerdem Sonderzuwendungen in den verschiedensten Formen (Zuweisung von neuen Aktien ohne Einzahlung leisten zu müssen, Superdividenden, Bonus usw.) wurden den Aktionären gewährt, um auch diesen Schwerstarbeitern das Durchhalten in der schweren Kriegszeit zu ermöglichen.

Herr Közler wirft nun die Frage auf: Was kann als „angemessener“ Unternehmergewinn bezeichnet werden? Er fügt selbst gleich hinzu und mit Recht, daß es sich um einen äußerst dehnbaren

Begriff handelt, daß die Meinungen in dieser Frage sehr weit auseinandergehen werden. Um überhaupt einen Anhaltspunkt zu gewinnen und einmal Zahlen in dieser Frage zu benennen, empfiehlt er, alle Artikel so zu kalkulieren im Verkaufspreise, daß im ungünstigsten Falle noch eine Verzinsung und Amortisation des eingewendeten Kapitals von 6 Proz., im günstigsten Falle von 15 Prozent herauskommt. In bezug auf die Bezahlung der Betriebsleiter und Direktoren bei den gesellschaftlichen Unternehmungen (Aktiengesellschaften und G. m. b. H. usw.) macht Herr Közler keine Vorschläge. In Privatbetrieben sollte nach Herrn Közler dem Besitzer oder Leiter des Betriebes der zehnfache Lohn eines geschulten Handarbeiters als angemessene Bezahlung genügen. Das heißt also, daß wenn der beste Verdienner unter den gelernten Arbeitern unter heutigen Verhältnissen einen Jahresarbeitsverdienst von 3000 Mk. erzielt, dann hat der Leiter oder Besitzer des Betriebes für seine Leistungen Anspruch auf eine Bezahlung von 30 000 Mk. pro Jahr. Und zwar sollte das genügen für künftige Fälle, so lautet der Vorschlag des Herrn Közler. Daraus ist zu schließen, daß das heutige Einkommen eines Leiters oder Besitzers eines feinkeramischen Betriebes um ein vielfaches höher ist. Diese Zahlen sind auch für die Arbeiter äußerst interessant. Sind unter heutigen Verhältnissen 30 000 Mk. pro Jahr erforderlich, um als Kulturmensch den Anforderungen des Lebens genügen zu können, auf welcher Stufe bewegen sich dann heute die Arbeiter mit ihrem Einkommen?

Wenn wir beispielsweise den bestbezahlten geschultesten Arbeiter in einem Betriebe mit 3000 Mk. Jahresarbeitsverdienst einschätzten, so soll damit nicht etwa gesagt sein, daß die Verdienste der feinkeramischen Arbeiter sich um diesen Betrag herum überhaupt bewegen. Im Gegenteil, die Durchschnittsverdienste sind um ein bedeutendes geringer.

Nach den Jahresberichten der Töpfereiberufsgenossenschaft betrug der Jahresarbeitsverdienst für einen männlichen Vollarbeiter:

A. In der Porzellanindustrie:				
Jahr	1913	1914	1915	1916
Jm Jahre	943,— Mk.	896,— Mk.	835,— Mk.	885,— Mk.
B. In der Steingutindustrie:				
Jahr	1913	1914	1915	1916
Jm Jahre	1071,— Mk.	970,— Mk.	983,— Mk.	1061,— Mk.

Für das Jahr 1917 stehen uns die bezügl. Zahlen noch nicht zur Verfügung.

Im Vergleich zu den Kosten für den Lebensunterhalt in den Jahren 1913 bis 1916 sind die vorstehend aufgeführten Jahresarbeitsverdienste für männliche Vollarbeiter als Hungerlöhne in des Wortes vollendetster Bedeutung anzusprechen. Wenn auf diese Löhne heute Steuerzuschläge bis zu 60 Proz. gewährt werden, in sehr vielen Fällen aber auch bedeutend weniger, dann ist aber nur bewiesen, daß sich die Lage der feinkeramischen Arbeiter noch bedeutend verschlechtert haben muß. Die Verteuerung des Lebensunterhalts gegenüber dem Jahre 1913 muß mit mindestens 300 Prozent in Rechnung gestellt werden. Nach den Feststellungen des Statistischen Amtes der Stadt Frankfurt a. M. sind heute für eine sechsköpfige Familie 80 Mk. pro Woche erforderlich nur zur Beschaffung der notwendigsten Lebensmittel, ganz abgesehen von den Kosten für Miete, Heizung, Beleuchtung, Beschuhung, Bekleidung usw. Damit ist also bewiesen, daß in einer Zeit, in der die Unternehmer geradezu gewarnt werden müssen, die Profitwirtschaft nicht

zu übertreiben — und auf etwas anderes läuft die von Herrn Kössler angeführte Frage letzten Endes nicht hinaus — die Arbeiter buchstäblich am Hungertuche nagen.

Wenn Herr Kössler also sagt, der Volkswirtschaftler, der das Allgemeinwohl im Auge hat, wird jeden Unternehmergeinn für übermäßig finden, der den Verbraucher ausbeutet und den Unternehmer einseitig bereichert, so fügen wir hinzu, nicht nur der Volkswirt, sondern jeder gerecht und human denkende Mensch wird es gleich uns verurteilen, wenn solche hohen Unternehmergeinne herausgewirtschaftet werden zu einem wesentlichen Teile durch eine vollkommen unzureichende Bezahlung der Arbeiter. In diesem Falle kann in noch berechtigterem Maße von einer Ausbeutung gesprochen werden. Wenn der Volkswirt einen Unternehmergeinn, der 10 v. H. übersteigt, als übermäßig betrachten und verlangen würde, daß ein etwaiger höherer Gewinn nicht mehr dem Unternehmer, sondern in irgendeiner Form der Gemeinwirtschaft nützlich gemacht würde, so meinen wir, könnte in allererster Linie doch nur davon die Rede sein, daß die Arbeiter so bezahlt werden, daß auch ihnen und ihren Familien ein Auskommen dabei möglich wäre. Damit wäre gleichzeitig der Gemeinwirtschaft der denkbar größte Nutzen gestiftet. Von den Arbeitern ist aber in dem Artikel des Herrn Kössler nicht mit einem Worte die Rede, wenigstens nicht insoweit, als auch die Arbeiter, und nicht nur die Verbraucher, einen Anspruch darauf haben, vor übermäßiger Ausbeutung geschützt zu werden in einer Zeit, in der Unternehmer Riesengewinne einheimen.

Herr Kössler weiß aber auch zutreffende Worte zu finden in bezug auf die Schäden, die aus der ungehemmten Profitwirtschaft, die gerade dieser Krieg gezeitigt hat, der Allgemeinheit erwachsen werden. Wir halten diese auch für unsere Leser wichtig genug, um sie im Wortlaut wiederzugeben.

Nachdem gesagt worden ist, daß die wirtschaftlichen Umwälzungen, die dieser Krieg zeitigen wird, auch eine Klarstellung darüber angezeigt erscheinen lassen, was man unter angemessenem Unternehmergeinn zu verstehen haben wird, heißt es in der Fortsetzung:

Wir müssen dahin trachten, künftig der Ansammlung von Reichtümern in den Händen einzelner vorzubeugen. Diese Vermögen geben ein großes Maß von Einfluß und Macht. Eine spätere Zeit wird Klarheit darüber schaffen über den Schuldanteil solcher einzelner vorhandener und angestrebter Reichtümer an der Entstehung und an der wahninnigen Verlängerung des gegenwärtigen fürchterlichen Krieges. Unsere gesamte Volkswirtschaft muß und wird sich künftig einstellen auf die Richtpunkte der allgemeinen Wohlfahrt und des allgemeinen Wohlstandes, unter Abwehr von der Förderung persönlichen Eigennutzes.

Nun, auch wir sind überzeugt, daß ein Einstellen der gesamten Volkswirtschaft auf die Richtpunkte der allgemeinen Wohlfahrt und des allgemeinen Wohlstandes unter Abkehr von der Förderung persönlichen Eigennutzes erfolgen wird. Das ist aber keine kapitalistische, sondern eine sozialistische Theorie. Darin besteht der wesentliche Unterschied zwischen kapitalistischer und sozialistischer Wirtschaftsweise, daß erstere dem einzelnen die Möglichkeit schafft, unter Nachlässigkeit und Schädigung des Allgemeininteresses und Allgemeinwohles nur seine persönlichen Interessen zu fördern, während letztere nur unter dem Gesichtswinkel der Allgemeininteressen eine gemeinwirtschaftliche sein kann. In einer sozialistischen, d. h. gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung wird es auch ausgeschlossen bleiben, daß Reichtümer, die nachgerade gemeingefährlich werden, in den Händen einzelner sich ansammeln können, während die große Masse des Volkes im Elend verkommt. Das Alpha und Omega der kapitalistischen Wirtschaftsweise besteht eben darin, daß nicht der Bedarf des gesamten Volkes an Verbrauchsgütern der treibende Keil in der Gütererzeugung und Güterverteilung ist, sondern das Profitinteresse des Kapitalisten. Eine Gütererzeugung und vor allen Dingen eine Güterverteilung unter dem Gesichtswinkel der allgemeinen Wohlfahrt und des allgemeinen Wohlstandes ist in der kapitalistischen Wirtschaftsweise eine glatte Unmöglichkeit. Der Beweis dafür hat die gegenwärtige Kriegszeit geführt, wenn er nicht schon vorher erwiesen worden wäre. Wir behaupten, daß der wirtschaftliche und politische Zusammenbruch schon längst eingetreten wäre, wenn die allerschlimmsten Auswüchse des kapitalistischen Systems in der Kriegszeit nicht zwangsweise durch gemeinwirtschaftliche Maßnahmen verhindert worden wären. Herr Kössler, der ja wohl die kapitalistische Wirtschaftsweise an sich als den Gipfel aller wirtschaftlichen Entwicklung zu betrachten scheint und nur ihre konsequenten Folgererscheinungen als Auswüchse bekämpft, wird schließlich auch noch einsehen müssen, daß das Allgemeinwohl aller Kulturvölker eine Ablösung dieses Systems durch die Gemeinwirtschaft gebieterisch verlangt.

Inzwischen läßt sich aber doch manches tun, um der Wahrnehmung allgemeiner Interessen näher zu kommen. Wenn Herr Kössler den Unternehmern empfiehlt, Vereinbarungen zu treffen, die eine Mindestgrenze der Verkaufspreise schaffen und festhalten, um die sogenannte unlautere Konkurrenz auszuschalten im Interesse der Gesamtheit der Unternehmer, so fügen wir hinzu, daß solche Vereinbarungen für die Unternehmer auch nur dann erst vollen Wert erreichen, wenn die Interessen aller Berufsangehörigen, auch der Arbeiter, dabei berücksichtigt, wenn Vereinbarungen der Unternehmer mit der Arbeiterschaft unserer Industrie vorhanden sein werden, die auch bestimmte Minimal-Arbeitslöhne, die nicht unterschritten werden dürfen, und eine Maximal-Arbeitszeit, die nicht überschritten werden darf, vorhanden sein werden. Was ist es denn, was den einzelnen Unternehmer immer wieder anreizt, seine Waren billiger zu verkaufen, wenn Absatzschwierigkeiten eintreten als die Möglichkeit, die Arbeiterlöhne drücken, die Arbeitsbedingungen verschlechtern, die Arbeitszeit verlängern zu können. Sofern erst einmal die Unternehmer durch bindige Abmachungen gezwungen werden, bestimmte Lohn- und Arbeitsbedingungen unbedingt einhalten zu müssen, der Wettbewerb nicht mehr allein auf Kosten der Arbeiter geführt werden kann, werden auch stabilere Verhältnisse in der Gesamtindustrie eintreten. Dazu ist aber in erster Linie erforderlich, daß die Unternehmer die Arbeiterorganisation als die berechnete Interessenvertretung der Arbeiter, diese als den Kontrahenten anerkennen, mit dem Abmachungen dieser Art zu treffen sind. Jeder Unternehmer, dem die Wahrnehmung der Interessen des Gesamtgewerbes ernstlich am Herzen liegt, kann etwas anderes nicht tun, als sich mit ganzer Kraft dafür einzusetzen, daß in dieser Beziehung ein Wandel in den bisherigen Auffassungen der Unternehmer eintritt.

Wir erwarten, das wollen wir bei dieser Gelegenheit noch sagen, das Heil der Arbeiter nicht von der sofortigen Einsicht der Unternehmer in dieser Frage. Mit allen Kräften werden wir uns immer wieder angelegen sein lassen müssen, die Arbeiterschaft der feineramischen Industrie auf diese Fragen aufmerksam zu machen, ihnen nahezu legen, durch Stärkung unserer Organisation dazu beizutragen, daß die Einsicht der Unternehmer in dieser Frage wächst. Jeder Unternehmer, der uns aber an der Ausbreitung unserer Organisation hindert, wird sich gefallen lassen müssen, von uns als Schädling des ganzen Gewerbes betrachtet und dementsprechend bekämpft zu werden.

Das segensreiche Wirken der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen nicht nur auf diesem, sondern auf fast allen Gebieten, hat dieser Krieg so klar erwiesen, daß es kaum noch notwendig sein dürfte, das heute noch im besonderen nachzuweisen. Wir erinnern hierbei nur an die Worte des früheren Ministers Dellbrück, der sagte, die Arbeiterorganisationen sind heute ein Faktor geworden, der aus unserem Wirtschaftsleben nicht mehr hinwegzudenken ist.

Die Porzellan-, Steingut- usw. Arbeiter können aus den Darlegungen des Herrn Kössler sehr viel lernen, vor allen Dingen die eine Lehre daraus ziehen, daß sie ohne Organisation niemals dahin gelangen können, einen bestimmenden Einfluß auf die Festlegung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen ausüben zu können. Auch die Arbeiter haben notwendig, eine genaue Kalkulation aufzustellen, was sie alles zu berücksichtigen haben, wenn sie die notwendige Höhe ihres Arbeitslohnes ermitteln wollen. Der beschämende Zustand wird aufhören müssen, daß der oder die Unternehmer den Lohn des Arbeiters nach ihrem Gutdünken festsetzen, ohne dabei auf die notwendigsten Bedürfnisse des Arbeiters Rücksicht zu nehmen. Die Entscheidung darüber, was als auskömmlicher Arbeitslohn anzusehen ist oder nicht, liegt in erster und letzter Linie bei der Arbeiterschaft selbst, sowie die Entscheidung in der Frage, was als angemessener oder übermäßiger Unternehmerprofit zu gelten hat, den Unternehmern allein überlassen bleiben kann, sofern dem Arbeiter ein auskömmlicher Lohn gewährt wird. So lange die übermäßigen Unternehmergeinne zu einem wesentlichen Teile erlangt werden auf Grund übermäßiger Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft, so lange haben die Arbeiter nicht nur das Recht, sondern die unabweisbare Pflicht, sich gegen die Ansammlung von Reichtümern in den Händen einzelner ebenfalls zu wehren. Das können sie aber nur, wenn sie ihre Macht vereinigen in der beruflichen Organisation. Die Lehre, die sich für die Arbeiter aus alledem ergibt, kann wiederum nur sein: Hinein in den Verband der Porzellanarbeiter mit jedem Arbeiter, jeder Arbeiterin, die in einer feineramischen Fabrik arbeitet. Es sind weitgehende Änderungen des heutigen Systems erforderlich, wenn auch die Arbeiter zu ihrem Rechte gelangen sollen. Diese können aber nur das Werk der vereinigten geschlossenen Kraft der Arbeiterschaft selbst sein.

Denkschrift über das Ernährungs- wesen.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und die Generalkommission der Gewerkschaften haben an den Reichskanzler in der Frage des Ernährungswesens die folgende Denkschrift gerichtet:

Berlin, den 9. September 1918.

Die steigende Unzufriedenheit, die aus allen Teilen des Reiches und den verschiedensten Volksschichten wegen der unzureichenden Lebensmittelversorgung in bitteren Klagen und Forderungen an uns zum Ausdruck kommt, veranlaßt uns nochmals, die Aufmerksamkeit Eurer Excellenz auf die höchst bedenklichen Zustände zu lenken, unter denen die breiten Massen des Volkes gegenwärtig zu leben gezwungen sind. Wir haben diese Klagen wiederholt mündlich und schriftlich in eingehend motivierten Darlegungen Eurer Excellenz und Ihren Herren Vorgängern vorgetragen, dem Kriegsernährungsamt und dem Reichsamt des Innern übermittelt, ohne von letzterem in allen Fällen Antwort erlangen zu können. Leider fanden unsere Vorschläge in den meisten Fällen nicht genügend Beachtung, unsere ernststen Warnungen, die wachsende Erbitterung durch ungeeignete Maßnahmen nicht noch zu steigern, wurden in den Wind geschlagen.

So sind die Lebensverhältnisse des erwerbstätigen Volkes ständig schlechter geworden. Jede Erhöhung des Lohnes, jede Steuerungszulage war längst durch die gesunkene Kaufkraft des Geldes wirkungslos gemacht. Die Politik des Kriegsernährungsamts, die lediglich durch Preisanzwachsung eine Erhöhung der Produktion zu erzielen versuchte, führte gleich einer Schraube ohne Ende zu einer Verteuerung aller Lebensmittel, die mit den gesteigerten Produktionskosten nicht gerechtfertigt werden kann. Erzeuger und Händler sind trotzdem mit den Gewinnen noch nicht zufrieden. Während Millionen Männer auf dem Schlachtfelde ihr Blut dem Vaterlande geben müssen, werden ihre Angehörigen zur ewigen Schande unserer Zeit von eigenen Volksgenossen ausgezogen, die durch schamlosen Wucher mit Lebensmitteln die letzten Kräfte der Armen verzehren. Arbeiter, Angestellte, Beamte und Angehörige des Mittelstandes leiden in gleichem Maße unter diesen Zuständen. Ihr Einkommen reicht nicht zum Einkauf der allernotwendigsten Lebensmittel. Die durch die öffentliche Bewirtschaftung erreichbaren Lebensmittel sind in ihrer Menge zu gering, um das Leben zu erhalten; so kann sich niemand dem Schleichhandel entziehen.

Für Kleidung, Schuhe, Wäsche, Haushalts- und Wirtschaftsgegenstände müssen Phantasiepreise gezahlt werden, die für die meisten unerschwinglich sind. Seit Jahren konnte hier vielfach keine Ergänzung erfolgen. Vergeblich wehren sich Erhaltungswille, Ordnungsliebe und Reinlichkeitsbedürfnis gegen dieses Verhängnis. Alle Ersparnisse werden aufgezehrt, nur um das bloße Leben zu erhalten.

Mit dem Wirtschaftsniedergang geht der körperliche Kräfteverfall Hand in Hand. Die lange andauernde Unterernährung bringt nicht nur eine erhöhte Sterblichkeit der Kinder und der alten Leute; Frauen und Männer der Arbeiterklasse leiden gesundheitlich aufs schwerste.

Eine Besserung der Ernährungsverhältnisse muß unter allen Umständen Platz greifen, wenn die Volksgesundheit dauernd nicht noch schwereren Schäden erliegen soll.

Leider hat gerade die letzte Zeit mehrfache Verschlechterungen gebracht. Die Getreidepreise wurden erhöht, und die Regierung bezeichnete die Erhöhung als eine solche, die sich auch für die Minderbemittelten „in erträglichen Grenzen“ bewege. Neben der Brotpreiserhöhung stieg der Preis der so unentbehrlichen Nahrungsmittel, z. B. der für Grieß von 32 auf 48 Pf., für Graupen von 36 auf 44 Pf. pro Pfund; das ist eine Steigerung von 50 bzw. 25 Proz. Zu der Herabsetzung der Brotration, die dauernd bleiben soll, kam die Kürzung der Fleischration und die Einführung fleischloser Wochen. So sind dem Volke neue Entbehrungen auferlegt. Die wohlhabende Bevölkerung verschafft sich mit Hilfe des Schleichhandels, ohne Rücksicht auf dessen fortgesetzt steigende Preise doppelte Lieferung und hilft sich so über die fleischlosen Wochen und die sonstigen Entbehrungen hinweg. Die Armen und Minderbemittelten aber müssen vierzehn Tage — einen halben Monat! — ohne ein noch so kümmerliches Fleischgericht vegetieren. Die zugefügten Ersatzmittel sind ungenügend und können die entgangene Fleischnahrung nicht ersetzen.

So sind Brot und Kartoffeln in steigendem Maße das Rückgrat unserer Volksernährung geworden. Deshalb ist es unabwiesbare Pflicht der verantwortlichen Stellen, der Bevölkerung schnellstens für diese Verschlechterung mindestens ein erhöhtes Maß von Kartoffeln zu geben. Der Hinweis auf das reichlicher vorhandene Gemüse genügt nicht, um diesen Anspruch zurückzuweisen. Seit

geringer Nährwert, zumal bei fettloser Zubereitung, kann Fleisch und Kartoffeln nicht ersetzen, ganz abgesehen davon, daß so große Quantitäten nicht erhältlich oder bei den riesigen Preisen für die Minderbemittelten nicht erschwinglich sind.

Trotzdem besteht die Absicht, der Kartoffelversorgung des kommenden Jahres wieder das unzureichende Quantum von sieben Pfund Kartoffeln pro Kopf und Woche zugrunde zu legen. Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts gibt bekannt, daß diese Festsetzung als „vorläufige“ bis zur Feststellung des Ernteergebnisses zu gelten habe. Dann solle geprüft werden, ob eine Erhöhung möglich sei. Genau die gleiche Erklärung, derselbe tröstende Hinweis ist der Bevölkerung noch aus dem verfloßenen Jahr in Erinnerung. Trotz der glänzenden Kartoffelernte war damals eine Erhöhung der Kartoffelration auf 10 Pfund pro Woche nicht zu erreichen. Transport Schwierigkeiten wurden als Haupthindernis gegen die Erfüllung dieser Forderung ins Feld geführt. Jetzt wird der gleiche Einwand erhoben.

Im Volke ruft diese Ankündigung neue Erregung hervor. Sollte seine Erbitterung sich in Formen entladen, die wir nicht wünschen, so trifft die ganze Schwere der Schuld allein die verantwortlichen Stellen des Reichs. Die Erfahrung hat gezeigt, daß im verfloßenen Jahr die Bevölkerung mit der Ration von sieben Pfund Kartoffeln nicht auskommen konnte. Wer es eben konnte, hat sich darüber hinaus selbst mit Kartoffeln versorgt. Die „Transport Schwierigkeiten“ des Kriegsernährungsamts schufen eine glänzende Konjunktur für den Schleichhandel, der die Schwierigkeiten spielend überwand. So zwangen organisatorische Unfähigkeit oder mangelnder Willen das darbennde Volk, 20 bis 30 Mk. für den Zentner Kartoffeln zu zahlen. Die Eisenbahnen beförderten Tag für Tag Hunderttausende, die Kartoffeln in geringen Mengen in die Städte brachten. Die Folge also war gesteigerte Belastung der öffentlichen Transportmittel und unwirtschaftliche Art der Zuführung von Lebensmitteln.

Eine reichlichere Belieferung mit Kartoffeln wirkt dem Schleichhandel entgegen. Was drakonische Strafbestimmungen niemals erzielen können, würde durch sie erreicht. Die Beibehaltung der Kartoffelration von sieben Pfund muß die Bevölkerung als Begünstigung des Schleichhandels empfinden.

Bereits am 25. Januar 1918 erklärte Herr Professor Dr. Ruttner im Parlamentarischen Beirat des Kriegsernährungsamts, daß eine Herabminderung der damals gegebenen Lebensmittel unerträglich und eine Erhöhung der Kartoffelration auf 10 Pfund das Gebot unabwiesbarer Notwendigkeit wäre, um das Minimum zur Erhaltung von Gesundheit und Leben zu erreichen.

Seit jener Zeit ist, wie wir ausführten, die Brot ration herabgemindert, die Fleischration verkürzt, sind fleischlose Wochen eingeführt worden und durch steigende Teuerung der Einkauf erschwert. Deshalb ist eine Erhöhung der Kartoffelration selbst auf 10 Pfund heute nicht mehr ausreichend, um den notwendigen Ausgleich herbeizuführen.

Wir müssen Eure Excellenz aufs dringendste ersuchen, zu veranlassen, daß alles geschieht, damit die gesamte Kartoffelernte von der öffentlichen Bewirtschaftung erfasst, durch geeignete Maßnahmen die vorhandenen Transport Schwierigkeiten bewältigt und eine wesentliche Erhöhung der Kartoffelration baldigst durchgeführt wird.

Der Regierung ist die Stimmung in der Bevölkerung nicht unbekannt; sie darf ihr nicht gleichgültig sein. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir einem Zustand entgegenstreben, der verhängnisvoll werden muß, wenn die Regierung nicht endlich entschlossen ist, mit jeder Begünstigung der Produzenteninteressen zu brechen und den Lebensbedürfnissen des Volkes Rechnung zu tragen.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Fr. Ebert.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
Carl Legien.

Aus unserm Berufe.

Das Verhältnis zwischen Porzellanfabrikanten und Händler schaft beleuchtet nachstehende Notiz, die wir der „Wirtschaftlichen Rundschau“ von Julius Kaliski im „Korrespondenzblatt“ entnehmen:

Für die Porzellanindustrie, in der der Konzentrationsprozeß neuerdings wieder erhebliche Fortschritte gemacht hat, wird die Frage der Stellung zum Handel eine praktische Bedeutung erhalten. Auf der Herbsttagung des „Nürnberger Bundes“, Großverkaufverband deutscher Fachgeschäfte, wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen: „Die in Nürnberg zur Generalversammlung und Warenbörse versammelten Mitglieder haben mit Genugtuung davon Kenntnis genommen, daß der von dem Konzern der Por-

zella-fabrik Ph. Rosenthal & Co., A.-G., geplante, aber von 14 führenden Porzellanfabriken, drei königlichen Porzellanmanufakturen und der deutschen Porzellanhändlerchaft bekämpfte Versuch, durch einseitige Bindung der Händlerchaft die Konkurrenz der übrigen Porzellanfabriken auszuschalten, aufgegeben wurde. Die Mitglieder des Nürnberger Bundes hegen aber auch die zurechtliche Erwartung, daß die Errichtung von Detailverkaufsniederlagen durch Porzellanfabriken unterbleibt, da durch derartige unnötige Fabrik-filialen der Käuferchaft kein Vorteil und dem deutschen Porzellan-handel nur Belästigungen erwachsen würden. Sollte die Errich-tung von Verkaufsniederlagen der Porzellanfabriken wider Erwar-ten doch zur Tat werden, so werden die Mitglieder des Nürnberger Bundes einmütig zusammenstehen in der Abwehr dieser neuen Gefahr für die deutsche Porzellanindustrie und den Handel."

Die Auseinandersetzungen zwischen Industrie und Handel haben in den verschiedensten Industriezweigen bereits stattgefunden; in erster Reihe in denjenigen Industrien, die am stärksten zur Ver-trustung oder strengen Kartellierung geschritten sind. So töricht die Auffassung ist, als ob jeder Handel überflüssig und nach Möglich-keit auszuschalten wäre, so unbegründet ist natürlich jede Förde-rung des Handels, die darauf hinausläuft, den Handel als Selbst-zweck zu betrachten. Wo wirtschaftlich überflüssiger Zwischenhandel beseitigt werden kann, ist es auch ein Gebot der neuen Wirtschaft, das uns jede Vergeudung von Kapital und Arbeit untersagt, ihn nicht künstlich zu erhalten.

Zur Steuerung der Not in Gebrauchsgeschirren. Gelegentlich der Herbsttagung des Nürnberger Bundes haben die Mitglieder desselben folgende Entschliebung einstimmig gefaßt: Die Herbst-generalversammlung richtet das dringende Ersuchen an die deutschen Porzellanfabriken, der Erzeugung von Porzellanwaren für den täglichen Gebrauch erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Gleich-zeitig stellten die Mitglieder des Nürnberger Bundes die Bitte an die staatlichen und militärischen Behörden, auf die deutsche Por-zellanerzeugung in dem Sinne einzuwirken, daß die Herstellung in weißem Porzellan eine wesentliche Steigerung erfährt, damit der Bedarf des Feld- und Heimatheeres in Gebrauchsgegenständen aus Porzellan in Zukunft sichergestellt bleibt.

(„Oberfr. Volksztg.“)

Gewerkschaftliches.

Der Rotenstecher-Gehilfenverband im Jahre 1917. Die Lage im Rotenstechergewerbe ist geradezu trostlos. Eine große Anzahl mußte verkürzt arbeiten, so daß sich der Verband veranlaßt sah, um den Kollegen die Existenz zu ermöglichen, die Arbeitszeit auf 7 Stunden zu verkürzen. Trotz von den Prinzipalen bewilligter Teuerungszulagen erreichten die Gehilfen kaum den Lohn, den sie in Friedenszeiten erzielt hatten. Der Mitgliederbestand ist von 216 am Beginn des Jahres bis zum Ende auf 177 zurückgegangen. Von den 177 Mitgliedern arbeiten 20 nicht im Beruf und 10 sind Invaliden. 14 Mitglieder sind in London und Petersburg inter-niert; im Kriegsdienst befinden sich 218 Mitglieder. — Eine sta-tistische Erhebung ergab, daß der Durchschnittsverdienst im Jahre 1917 pro Mitglied 1863 Mk. und die erhaltene Teuerungszulage 284 Mk. betrug. — Die Gesamteinnahmen des Verbandes beziffen-sen sich auf 12 713 Mk., die Ausgaben auf 17 367 Mk. Das Ver-bandsvermögen beträgt 69 475 Mk. An Unterstützungen zahlte der Verband 14 177 Mk.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ ist neben das 24. Heft vom 2. Band des 36. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Englands Verlangen nach dem deutschen Kolonialbesitz. Von Heinrich Cunow. — Die Wanderarbeiterverhältnisse in Indien. Von Peter Endt, Zürich. — Arbeitszwang und Arbeiterrecht in Britisch-Indien u. a.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Romanstalten und Kioske zum Preise von 3,90 Mark das Vierteljahr zu beziehen; für die Auslandbestellung bei der Post nur für das Vierteljahr beziehbare. Das einzelne Heft kostet 30 Pf. Probennummern sind jederzeit zur Verfügung.

Vom „Nahen Jahres“ sind die 19. Nummer des 35. Jahr-gangs erschienen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir folgende Beiträge: Bilder: Götzmann, Leipzig. — Krieg der Krieg. — Aus der Ukraine. — Der Kälberauger redivivus. — Zubericht. — Schaden-freude. — Eisenhut.

Der Preis der Nummer ist 15 Pf. Probennummern sind jeden-zeit durch den Verlag J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kiosken zu beziehen.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für Arbeiterfrauen und Arbei-terinnen, ist neben Nr. 25 des 28. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Gegen die bevölkerungs-politische Pläne. Versammlungen in Bremen, Lebe, Hamburg, Al-

tona, Kiel, Groß-Lichterfelde. — Die Fabrikarbeiterin. Gedicht von Hans Gathmann. — Politische Umschau. Von Clara Bohm-Schuch. — Beruf und Mutterchaft u. a.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahres-abonnement 2,60 Mk.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Berlin. Sonnabend, den 21. September, abends 8½ Uhr, Zahl-stellenversammlung bei Wollschläger, Adalbertstr. 21.

Königszell. Sonnabend, den 21. September, abends 8 Uhr, in „Gasthof zum Friedrichsdenkmal“. Vortrag des Gauleiters Martin Hirsch über: „Die Lungentuberkulose als Berufskrankheit der Porzellan-arbeiter“.

Adressen-Änderungen.

Neuhaldensleben. 2. Revisor: August Eichmann, Maler, Cal-vörderstr. 19 c.

Sterbetafel.

Königszell. Anna Schubert, Verpuherin, geboren am 26. Juli 1856 in Alt-Jauernitz, gestorben am 31. August an Ge-nickwirbelentzündung. Mitglied seit Begründung der Zahlstelle.

Ehre seinem Andenken!

Totenliste unserer im Felde stehenden Kollegen.

Hermann Kutter, Formengießer, geboren am 27. Januar 1887 in Tiefenfurt, gefallen am 29. August 1918. Mitglied der Zahlstelle Tiefenfurt.

Ernst Lange, Dreher, geboren am 15. April 1892, in Driejen a. d. Ostbahn, gefallen am 29. August 1918 im Westen. Mitglied der Zahlstelle Elmshorn.

Ehre ihrem Andenken!

Arbeitsmarkt.

Gewandter Schablonenschneider

welcher auch in Unterglasurmalerei zuverlässig arbeiten kann, zum so-fortigen Eintritt gesucht.

Ludwig Wessel, A.-G., Bonn am Rhein.

Tüchtige Tellerdreher

für dauernde, gut lohnende Beschäftigung gesucht.

Meißner Ofen- und Porzellanfabrik, vorm. G. Leichert, Meissen, Neumarkt.

Wir suchen für dauernde Beschäftigung zum sofortigen Antritt

2 Gießer auf Kochgeschirre.

Bevorzugt die, welche schon auf Kochgeschirre gearbeitet haben.

F. M. Götsch, Ofen- und Tonwarenfabrik, Abt. 2, Strehla (Elbe).

Mehrere tüchtige

Schreibentöpler

für dauernd gesucht.

Ofenfabrik Sagonia G. m. b. H., Kochgeschirr-Abteilung, Meissen.

Älterer, tüchtiger und erfahrener

Abgießer und Formengießer

für feine Figuren und Luxusachen sucht sich zu verändern.

Gesl. Offerten mit Gehaltsangaben erbeten an Joh. Schneider, Geschäftsstelle „Die Ameise“, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.

Berlin. Diejenigen Kollegen, welche am 1. Oktober die Wohnung wechseln, bitte ich umgehend um Mitteilung ihrer neuen Adresse.

R. Freiesleben, Naunynstr. 85.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldflaschen, alle goldhaltigen Malerutensilien

kauft bei schneller, reeller Bedienung höchstzahlend. Für 5- und 10-Gramm-Flaschen mit Stöpsel zahlte 4 Pf. pro Stück.

A. Langhammer, Willkau bei Zwickau, Sa.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter- u. Arbeiterinnen.

Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.

Berlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.

Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 22.